



Landschaftsverband Westfalen-Lippe  Koordinationsstelle Sucht
Warendorfer Str. 25-27  48133 Münster
<http://www.lwl.org/ks>  kswl@lwl.org

KS-Newsletter

Juli 2004

2. Jahrgang / 7-2004

Inhalt

-  **Nachrichten aus der Koordinationsstelle Sucht** **1**
- Realschule Halver gewinnt den WEBbewerb | Praktiker der ambulanten Suchthilfe tauschen Erfahrungen aus | Männerspezifische Suchthilfearbeit im Focus der Diskussion | Fachtagung „Hartz IV und die Folgen für die Suchthilfe“ | Freie Plätze für Weiterbildungen | Europäische Fachtagung „Rapid Assessment and Response“ | Neue Broschüre zu Doping und Medikamentenmissbrauch
-  **Nachrichten aus Westfalen-Lippe** **4**
- Beratungszentrum in Kamen von Schließung bedroht | „Lobby“ vernetzt Drogen- und Jugendhilfe im Kreis Paderborn | Fachtag „Sucht und Sport“ an anderem Ort | Ex-Polizeipräsident beklagt ungläubwürdige Drogenpolitik | Organisation der Beratungsstellen bleibt zunächst wie gehabt
-  **Sucht- und drogenpolitische Nachrichten aus NRW, Bund, Ausland** **6**
- Alcopop-Steuer tritt am 2. August in Kraft | Schweizer Alcopop-Steuer führt zu Umsatz-Rückgängen | Kinder drogenabhängiger Eltern in Beratung integriert | Erste Ergebnisse zur staatlichen Heroin-Abgabe erwartet | Todesrate steigt nicht durch Methadon-Substitution | Methadon-Behandlung in Hessen gefährdet | Drogen-Razzien auf dem Schulhof umstritten | Eigener Hanfanbau kann legal sein | Kleine Anfrage zu Suchterkrankungen bei der Bundeswehr | Bund und Länder kommen sich beim Präventionsgesetz näher | Lebensversicherungen für Raucher sollen teurer werden | Jugendliche schneller als angenommen Nikotin-abhängig | Jugendliche auf Anti-Alkohol-Ferientour | „Falscher Einwurf“ will Neun- bis 13-Jährige erreichen | Neue Anlaufstelle für junge Aussiedler in Köln | Drei Prozent der Weltbevölkerung nehmen illegale Drogen
-  **Weitere relevante Nachrichten** **11**
- Dealer lieben den Eurocity von Hamburg nach Kopenhagen | „Drugwipe“ in Essen 38 Mal erfolgreich eingesetzt | Maßregelvollzug muss spezifische Angebote für Frauen bieten | Hessens Suchtpräventions-Fachstellen in Finanznot | THC-Gehalt in Cannabis viel höher als früher | Online-Roulette in Wiesbadens Spielcasino | Hamburg: „Palette“ in ihrer Existenz bedroht
-  **Ankündigungen und Publikationen** **14**
- Programm für „Trunkenbolde“-Kongress steht | Tagung zur Behandlung HIV-infizierter Migranten | Erste Konferenz zur Gesundheitsförderung in Haft | Workshop zur Gesundheitsberichterstattung in Berlin | Fernstudium „European Master in Health Promotion“ | Broschüre gibt Handlungsempfehlungen für Fachkräfte | Hamburg bietet „Master of Public Health“ an | proJugend mit Nikotin-Ausgabe | BZgA bietet zwei umfangreiche Infodienste an | IFT-Nachrichten berichten über Fortschritt von Studien | Tagungsdokumentation „Jugend und Alkohol“ | Impressum

Realschule Halver gewinnt den WEBbewerb

Münster ▪ Die Homepage-AG der Realschule Halver hat den **WEBbewerb** „Na klar – Alkohol erst ab 16“ der Koordinationsstelle Sucht gewonnen. Den zweiten Platz belegte die Informatik-AG der Klasse 9 an der Ursulinen-Realschule Werl, Drittplatzierte wurde die Gruppe „The Seven Shadows“ der Roncalli-Schule Ibbenbüren. Die Preise für die Sieger-Gruppen wurden am 15. Juli im Münsteraner Erbdrostenhof vergeben. Die Schüler aus Halver erhielten 1 000, die Werler Pennäler 750 und die Ibbenbürener Homepage-Bastler 500 Euro.

32 Gruppen mit insgesamt 421 Jugendlichen hatten seit dem Frühjahr ihre Beiträge eingereicht. Die Jury hatte eine schwere Aufgabe zu bewältigen. „Denn auch die nicht prämierten Arbeiten zeigten ein erstaunliches handwerkliches und inhaltliches Niveau“, sagte Wolfgang Rometsch, der Leiter der Koordinationsstelle Sucht, bei der Preisverleihung.

Die siegreiche Homepage der Realschule Halver beeindruckte die Jury durch ihren guten didaktischen Aufbau und die gut recherchierten Inhalte. Die guten und umfassenden Informationen zum Thema Alkohol bei Jugendlichen wurden von der Jury beim Beitrag der zweitplatzierten Gruppe aus Werl hervorgehoben. Die drittplatzierten „The Seven Shadows“ überzeugten durch ihre jugendgerechte Aufbereitung des Themas und die auf die Jugendlichen abgestimmten Sprache.

🚩 **Die prämierten Internet-Seiten sind auf der Homepage der Koordinationsstelle Sucht zu sehen:**
<http://www.lwl.org/ks>

🚩 **Die Pressemeldung des LWL zur Preisverleihung im Erbdrostenhof mit Fotos und Namen der Sieger-Gruppen gibt es unter diesem Link:**
http://www.lwl.org/LWL/Der_LWL/PR/Presse/Mitteilungen/1089900945_0/content_gesamt

Praktiker der ambulanten Suchthilfe tauschen Erfahrungen aus

Münster/Dortmund ▪ Praktikerinnen und Praktiker der ambulanten Suchthilfe treffen sich am Dienstag, 21. September, zu einem Erfahrungsaustausch im Reinoldinum, Schwanenwall 34, in Dortmund. Das „Praktiker-Arbeitstreffen 2004“ wird ausgerichtet von der Koordinationsstelle Sucht. Der Diskussion vorangestellt werden Impuls-Referate zu den Themen „Substanzübergreifende Angebote“, „Jugendhilfe – Suchthilfe“, „Sucht und Migration“ und „Steigender Cannabis-Konsum“.

🚩 **Informationen zur Praktiker-Jahrestagung bei Rüdiger Klebeck, Tel.: 0251 591-3268, Fax: 0251 591-5484**
ruediger.klebeck@lwl.org

Männerspezifische Suchthilfearbeit im Focus der Diskussion

Münster/Dortmund ▪ Konzepte männerspezifischer Suchthilfearbeit werden bei einer Fachtagung diskutiert, die die Koordinationsstelle Sucht in Zusammenarbeit mit dem Verein „Westfälische Einrichtungen Stationärer Drogentherapie“ (WESD) anbietet. Die Tagung findet statt am Mittwoch, 29. September 2004, im Reinoldinum, Schwanenwall 34, in Dortmund. In verschiedenen Vorträgen werden Erkenntnisse des „Gender Mainstreaming“ auf die Suchthilfearbeit übertragen und Erkenntnisse aus Praxis-Projekten vorgestellt. Gesondert wird auf die Suchthilfe-Arbeit mit Männern mit Migrationserfahrung eingegangen.

✔ **Anmeldungen bis zum 13. September 2004 bei Elisabeth Rocklage, Tel.: 0251 591-5383, Fax: 0251 591-5484**
elisabeth.rocklage@lwl.org

✔ **Anmeldeformulare können auf der Homepage der Koordinationsstelle Sucht heruntergeladen werden**
<http://www.lwl.org/ks>

✔ **Informationen zum Tagungsort**
<http://www.reinoldinum.de>

Fachtagung „Hartz IV und die Folgen für die Suchthilfe“

Münster ▪ „Hartz IV“ und die Folgen für die Suchthilfe sind das Thema der zweitägigen Fortbildung „Sucht und Recht“, die die Koordinationsstelle Sucht anbietet. Fachleute aus der ambulanten und stationären Sucht- und Drogenhilfe sind dazu für Freitag und Samstag, 1. und 2. Oktober, eingeladen. Tagungsort ist das Kolping-Tagungshotel, Aegidistraße 21, in Münster. Referenten während beider Tage sind Albert Kern vom Paritätischen Wohlfahrtsverband Stuttgart und Georg Wiegand von der LVA Hannover.

✔ **Anmeldungen bis zum 10. September 2004 bei Elisabeth Rocklage, Tel.: 0251 591-5383, Fax: 0251 591-5484**
elisabeth.rocklage@lwl.org

✔ **Anmeldeformulare können auf der Internet-Seite der Koordinationsstelle Sucht heruntergeladen werden:**
<http://www.lwl.org/ks>

Freie Plätze für Weiterbildungen

Münster ▪ Für zwei Weiterbildungsangebote der Koordinationsstelle Sucht gibt es noch freie Plätze. Dies betrifft die „Sozialtherapeutische Weiterbildung Suchtberater/in“. Das genannte Angebot starten im November 2004. Im Dezember 2004 startet die „Zusatzqualifikation Sozial-/Suchttherapie (LWL) – verhaltenstherapeutisch orientiert“. Auch hier sind noch Plätze frei.

✔ **Weitere Informationen bei Alexandra Vogelsang,**
Tel: 0251 591-3838
alexandra.vogelsang@lwl.org

Europäische Fachtagung „Rapid Assessment and Response“

Münster ▪ Zu einer zweitägigen Fachtagung zur „Rapid Assessment and Response“-Methode (RAR) lädt die Koordinationsstelle Sucht für Donnerstag, 28., und Freitag, 29. Oktober, ein. In der Akademie Franz-Hitze-Haus stellen Praktiker und Wissenschaftler die Methode vor, die im Rahmen der europäischen Forschungsprojekte „SEARCH“ und „SEARCH II“ erfolgreich erprobt worden ist. Methoden-Struktur, ihre Anwendung wie auch Ergebnisse der Erprobung werden vorgestellt. Am zweiten Tagungs-Tag stehen Fachleute aus zehn europäischen Ländern für einen kollegialen Austausch zur Verfügung.

➤ **Anmeldungen bis zum 1. Oktober 2004 bei Elisabeth Rocklage, Tel.: 0251 591-5383, Fax: 0251 591-5484**
elisabeth.rocklage@lwl.org

➤ **Umfangreiche Informationen zur RAR-Methode auf der Homepage der Projekte SEARCH und SEARCH II**
<http://www.projekt-search.de>

Neue Broschüre zu Doping und Medikamentenmissbrauch

Münster ▪ Doping und Sucht hängen eng zusammen. Das verdeutlicht die Broschüre „DOPINGdimension und Medikamentenmissbrauch“, die die Koordinationsstelle Sucht jetzt vorgelegt hat. Nicht nur, dass die einschlägige Liste verbotener Substanzen der Welt-Anti-Doping-Agentur auch Substanzen wie Cannabis, Kokain und verschiedene Aufputschmittel enthält, einst zur Leistungssteigerung im Hochleistungssport verwendete Medikamente und Nahrungsergänzungsmittel werden inzwischen auch wie selbstverständlich in Fitness-Studios verwendet. Neben allgemeinen Informationen und Hintergründen zu Doping im Leistungs- und im Freizeitsport enthält die Broschüre deswegen auch zwei eigene Kapitel zu Prävention von Doping und Medikamentenmissbrauch. Eines dieser Kapitel beschäftigt sich dabei explizit mit möglichen kommunalen Maßnahmen der Sucht- und Drogenprävention. Erarbeitet wurde die Informationsschrift von Dr. Bettina Bräutigam von der Bezirksregierung Hannover und von Michael Sauer von der Sporthochschule Köln.

➤ **Die Broschüre kann angefordert werden bei Jörg Körner, Tel.: 0251 591-5538, Fax: 0251 591-5484**
joerg.koerner@lwl.org

Beratungszentrum in Kamen von Schließung bedroht

Kamen ▪ Das seit zehn Jahren bestehende Beratungszentrum der Diakonie in Kamen ist von der Schließung bedroht. Wegen gesunkener Kirchensteuereinnahmen kann die Diakonie im Kreis Unna die Kosten von 300 000 Euro pro Jahr nicht mehr aufbringen.

Quelle: taz Ruhr, 26.7.2004

„Lobby“ vernetzt Drogen- und Jugendhilfe im Kreis Paderborn

Paderborn ▪ Bereits seit fünf Jahren vereint die Paderborner Einrichtung „Lobby“ Sucht- und Jugendhilfe unter einem Dach. Betreiber ist seit 1999 der Caritasverband Paderborn. „Lobby“ entstand, nachdem die Stadt bei einer Bedarfsanalyse festgestellt hatte, dass Jugendliche im Kreis Paderborn nicht durch das bestehende Kinder- und Jugendhilfesystem erfasst wurden. Dagegen setzt „Lobby“ ein besonderes Konzept, das insgesamt niedrigschwellig ausgerichtet ist und auf aufsuchender Sucht- und Jugendhilfearbeit sowie der Vernetzung mit anderen Hilfs- und Beratungseinrichtungen beruht. Inzwischen dient ein eigenes Fahrzeug als rollende Anlaufstelle für Jugendliche. Jugendliche mit Drogenproblemen sind ein Teil der Klientel, aber auch Jungen und Mädchen mit besonderen Gewalterfahrungen, mit Schulproblemen oder in familiären Krisensituationen finden Rat, Begleitung und Hilfe.

Quelle: inforum 2/2004, S. 5

Fachtag „Sucht und Sport“ an anderem Ort

Arnsberg ▪ Nicht wie ursprünglich geplant in Duisburg-Wedau, sondern in der Rundsporthalle am Sportplatz Alt-Arnsberg in Eichholz findet der 3. Fachtag „Sucht und Sport“ des Behinderten-Sportverbandes NRW und der Evangelischen Fachverbände SUCHT der Diakonie Rheinland Westfalen-Lippe statt. Der Termin ist nach wie vor der 9. September 2004. Vier Workshops, ein Vortrag über Ausdauertraining mit Suchtkranken auf der Basis von Nordic Walking sowie eine Podiumsdiskussion zu Zielperspektiven im Sport mit Suchtkranken stehen auf dem Programm.

◀ **Anmeldungen bis zum 20. Augst 2004 nur schriftlich beim Evangelischen Fachverband für Suchtkrankenhilfe im Diakonischen Werk der Evangelischen Kirche im Rheinland, Beate Schröder/Marlies Gryphan, Lenaustraße 41, 40470 Duisburg**
bschroeder@dw-rheinland.de
mgryphan@dw-rheinland.de

Ex-Polizeipräsident beklagt unglaubliche Drogenpolitik

Bielefeld ▪ Unglaubliche Drogenpolitik wirft der ehemalige Bielefelder Polizeipräsident Horst Kruse der nordrhein-westfälischen Drogenpolitik vor. Es mangle an Rechtssicherheit für niedrigschwellige Drogenarbeit. Kruse war vom Land entlassen worden, weil er zwischen 1998 und 2000 angeblich Drogenhandel in der Bielefelder Drogenberatungsstelle geduldet und Razzien vereitelt hatte. Das gegen ihn angestrebte Verfahren wurde allerdings eingestellt. Kruse fordert vom Land nun 6 000 Euro Schmerzensgeld und seine Rehabilitierung.

Quelle: taz Ruhr, 27.7.2004

Organisation der Beratungsstellen bleibt zunächst wie gehabt

Kamen ▪ Die verschiedenen Beratungsstellen wie die Drogen-, Spielsucht-, AIDS- und die Schwangerenberatung werden zunächst nicht von organisatorischen Änderungen in der Stadt Kamen betroffen, die im Zuge der Umsetzung der „Hartz IV“-Reformen vorgenommen werden. Das hat Kreisdirektor Michael Makiolla auf eine Anfrage der Kamener Ratsfraktion von Bündnis 90/Grüne bekanntgegeben. Ab dem nächsten Jahr sollen dann aber Gespräche geführt werden, wie die Beratungsstellen in das Konzept zur Bildung einer Arbeitsgemeinschaft des Kreises und der Arbeits-Agenturen integriert werden könnten. In Kamen ist eine Anlaufstelle für Beratung, Auszahlung und Vermittlung geplant.

Die Koordinationsstelle Sucht bietet am 1. und 2. Oktober 2004 eine Fortbildung unter dem Titel Hartz IV und die Folgen für die Suchthilfe an.

Quelle: Westfälische Rundschau, 26.7.2004

Alcopop-Steuer tritt am 2. August in Kraft

Berlin/Bonn ▪ Mit den Stimmen der Regierungs-Koalition hat der Bundestag am 9. Juli das „Gesetz zur Verbesserung des Schutzes junger Menschen vor Gefahren des Alkohol- und Tabakkonsums“ beschlossen. Damit überstimmte der Bundestag den Bundesrat.

Das Gesetz sieht eine Sonderabgabe von rund 84 Cent für eine 275-Milliliter-Flasche Alcopops vor. Die Sondersteuer wird ab dem 2. August erhoben. Die Flaschen sollen zudem mit einem Warnhinweis versehen werden. Des weiteren sieht das Gesetz das Verbot von Zigaretten-Packungen vor, die weniger als 17 „Glimmstengel“ enthalten. Zigaretten-Werbepackungen sollen außerdem auch verboten werden.

Quelle: **Phoenix Online, 9.7.2004**, [http://www.phoenix.de/ereig/exp/20925/KSA-Newsletter Kinder- und Jugendschutz 2004/6, 21.7.2004, http://www.ksa-archive.de/ksa/redaktion/seiten/volltext.jsp?sid=215](http://www.phoenix.de/ereig/exp/20925/KSA-Newsletter%20Kinder-und%20Jugendschutz%202004/6,%2021.7.2004,%20http://www.ksa-archive.de/ksa/redaktion/seiten/volltext.jsp?sid=215)

Schweizer Alcopop-Steuer führt zu Umsatz-Rückgängen

Erste Effekte einer Alcopop-Steuer zeigen sich bereits in der Schweiz. Tatsächlich teurer sind die bunten „Drinks“ seit der Einführung der Steuer am 1. Februar indes noch nicht geworden, denn der Handel hatte sich zuvor noch mit reichlich Vorräten versorgt. Trotzdem verzeichnen beispielsweise die Händler in St. Gallen bereits Umsatzrückgänge. Dies wird darauf zurückgeführt, dass sich allein durch die Diskussion des Themas das Image der Alcopops gewandelt habe.

Quelle: **St. Galler Tagblatt, 22.7.2004**

Kinder drogenabhängiger Eltern in Beratung integriert

Aachen ▪ Eine Umorientierung des suchttherapeutischen Ansatzes ist erforderlich, wenn Beratungsstellen Kinder aus Familien mit Suchtproblemen in ihre Arbeit integrieren wollen. Das ist das Ergebnis des Projektes „Integration der Arbeit mit Kindern drogenabhängiger Eltern in bestehende Drogenberatungsstellen“ des Paritätischen Wohlfahrtsverbandes (DPWV) NRW. Gerade ist der Schlussbericht erschienen. Der DPWV NRW führte das Projekt vier Jahre lang in der Jugend- und Drogenberatung „Krabat“ in Aachen durch. Unterstützt wurde die Maßnahme durch das Ministerium für Frauen, Jugend, Familie und Gesundheit NRW. Die dort tätigen Berater wurden geschult, bei den Kindern präventive und bei den Eltern beraterische Ziele zu verfolgen.

▼ Die Projekt-Dokumente sind gegen eine Schutzgebühr zu beziehen bei: **Paritätischer Wohlfahrtsverband NRW, Michael Wedekind, Hafengeweg 6-8, 48155 Münster**
michael.wedekind@paritaet-nrw.org

▼ Die Berichte werden auch im Internet als PDF-Dokumente zur Verfügung gestellt
<http://www.paritaet-nrw.de>
<http://www.inforum-sucht.de>

Quelle: **inforum 2/2004**

Erste Ergebnisse zur staatlichen Heroin-Abgabe erwartet

Berlin/Köln/Bonn/Hamburg ▪ Bis zum Ende dieses Jahres sollen erste Zwischenergebnisse des ersten deutschen Modellprojektes zur offiziellen Abgabe von Heroin an Abhängige vorliegen. In sieben deutschen Städten nehmen insgesamt 1 032 Patienten an der Erprobung teil. In Nordrhein-Westfalen sind Köln mit 100 Teilnehmenden und Bonn dabei. Bis zum Jahr 2005 wird die Maßnahme durch das Bundesgesundheitsministerium mit 10,5 Millionen Euro unterstützt. Im Rahmen der Studie erhält eine Hälfte der Patienten Methadon, die andere Heroin. Es soll herausgefunden werden, ob sich die gesundheitliche und soziale Situation der Schwerstabhängigen verbessert, wenn sie Heroin erhalten.

Quellen: **Bremer Nachrichten Online, 23.7.2004**

Ärzte Zeitung, 15.7.2004,

<http://www.aerztezeitung.de/docs/2004/07/15/131a0606.asp?cat=/medizin/sucht>

CDU/CSU warnt vor neuen Abhängigkeiten

Die Bundestagsfraktion von CDU/CSU hat bekräftigt, dass sie gegen die Abgabe von Heroin „auf Krankenschein“ ist. Mit der staatlichen Abgabe von Heroin schaffe der Staat neue Abhängigkeiten für die Süchtigen, wird mit Verweis auf die drohende Einstellung des Projektes in Hannover argumentiert.

Quelle: **Pressemitteilung der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, 20.7.2004,**

<http://www.cdusu.de/Meldungen.aspx?hash=c2VjdGlvbj0yJnN1YnNIY3Rpb249MSZpZD05MDE2Jg==&control=1102082122313415511174291781942547551216218>

In Hannover hat Bürgermeister Heribert Schmalstieg angekündigt, dass die Stadt die für die nächsten zwei Jahre nötigen 900 000 Euro nicht mehr aufbringen könne. Seit 2002 seien bereits 1,7 Millionen Euro in das zunächst nur schleppend angelaufene Projekt investiert worden.

Quelle: **Ärzte Zeitung, 27. Juli 2004,**

<http://www.aerztezeitung.de/docs/2004/07/27/139a0405.asp?cat=/medizin/sucht>

Todesrate steigt nicht durch Methadon-Substitution

Köln ▪ Die Substitutionsbehandlung mit Methadon führt nicht zu einer steigenden Zahl von Todesfällen in der Gruppe der Methadon-Substituierten, verglichen mit anderen Drogenkonsumenten. Die Voraussetzung dafür ist die feste Institutionalisierung und gute Koordination und Organisation der Substitutionstherapie. Das hat eine Untersuchung aller auf Drogenkonsum zurückgeführten Todesfälle in Köln zwischen 1989 und 2002 ergeben. 0,4 Prozent aller mit Methadon behandelten Patienten starben beispielsweise im Jahr 2000. Bei den Verstorbenen, deren Tod mit anderen Drogen in Zusammenhang gebracht wurde, lag die „Mortalitätsrate“ im selben Jahr bei 0,6 Prozent. Zwischen 1989 und 1999 wies die Untersuchung nur insgesamt acht Todesfälle nach, die mit Methadon in Zusammenhang standen. Ab 2000 stieg die Zahl allerdings auf bis zu zehn im Jahr 2002 an. Methadon sei aber nicht die Hauptursache für die Todesfälle gewesen, so das Ergebnis der Studie.

Die Ergebnisse der Kölner Studie sind veröffentlicht worden in der Zeitschrift *Sucht*, Nr. 1/Jg. 50 (2004).

Quelle: **Ärzte Zeitung, 26.7.2004,**

<http://www.aerztezeitung.de/docs/2004/07/26/138a0802.asp?cat=/medizin/sucht>

Methadon-Behandlung in Hessen gefährdet

Neu-Isenburg ▪ Die Substitutionsbehandlung von Heroin-Abhängigen mit Methadon in Hessen sei gefährdet. Land, Kreise und Kommunen seien kaum noch in der Lage, die psychosozialen Beratungsstellen zu betreiben, ohne deren begleitende Arbeit die Substitutionsbehandlung rechtlich nicht möglich wäre. Darauf haben die Kassenärztliche Vereinigung und die Krankenkassen in Hessen hingewiesen.

Quelle: **Ärzte Zeitung**, 29.6.2004, <http://www.aerztezeitung.de/docs/2004/06/29/119a0803.asp>

Drogen-Razzien auf dem Schulhof umstritten

Berlin ▪ In der Politik ist eine Kontroverse darüber entstanden, ob an Schulen Drogenkontrollen durchgeführt werden sollen. Die Drogenbeauftragte der Bundesregierung, Marion Caspers-Merk, hat eine Eindämmung des Suchtmittelkonsums an Schulen durch generelle Rauchverbote gefordert. Drogen-Razzien an Schulen hatten der CDU-Suchtextperte Jens Spahn und der schleswig-holsteinische Vorsitzende der Jungen Union, Rasmus Vöge, angeregt. Gegen solche Maßnahmen erhoben sich Bedenken, unter anderem durch das Innenministerium Mecklenburg-Vorpommerns und das niedersächsische Kultusministerium. Die Polizei sei nicht befugt, verdachtsunabhängig systematische Kontrollen in den Schulen durchzuführen.

Quellen: **Bocholt-Borkener Volksblatt**, 21.7.2004
Die Welt, 22.7.2004
<http://de.search.news.yahoo.com>, 21.7.2004
<http://de.search.news.yahoo.com>, 24.7.2004

Eigener Hanfanbau kann legal sein

Karlsruhe ▪ Unter bestimmten Bedingungen kann der eigene Anbau von Hanf legal sein: nämlich dann, wenn Cannabis-Konsum zur Linderung schwerer Erkrankungen beitragen könnte. Das hat das Oberlandesgericht (OLG) Karlsruhe entschieden. Anlass war die Klage gegen einen 44-Jährigen, der bei sich zu Hause Hanfstauden gezogen hatte. Der Mann litt an Multipler Sklerose. Die Polizei hatte bei ihm 380 Gramm Marihuana entdeckt. Den speziellen Fall verwies das OLG an das Amtsgericht Mannheim zurück, weil er noch nicht ausreichend geklärt sei.

Quelle: **Allgemeine Zeitung**, 28.6.2004,
http://www.allgemeine-zeitung.de/panorama/objekt.php3?artikel_id=1523076

Kleine Anfrage zu Suchterkrankungen bei der Bundeswehr

Berlin ▪ Genauere Informationen über die Suchtproblematik in der Bundeswehr wünscht die CDU/CSU-Fraktion im Bundestag. Dazu hat sie eine Kleine Anfrage an den Wehrbeauftragten Wilfried Penner eingebracht. Die CDU/CSU will nun unter anderem wissen, ob die Zahl der Suchterkrankungen in der Truppe höher sei als im Bevölkerungsdurchschnitt.

Quelle: **Ärzte Zeitung**, 29.6.2004, <http://www.aerztezeitung.de/docs/2004/06/29/119a0605.asp>

Bund und Länder kommen sich beim Präventionsgesetz näher

Berlin ▪ Beim geplanten Präventionsgesetz hat es laut Bundesgesundheitsministerin Ulla Schmidt einen „Durchbruch“ gegeben. Bis Ende August soll eine Bund-Länder-Arbeitsgruppe Eckpunkte für das Gesetz erarbeiten, das bis Jahresende vorliegen soll. Ziel ist nach Meinung der Länder-Gesundheitsminister die regionale Ausdifferenzierung von Präventionsmaßnahmen. Die Krankenkassen sollen verpflichtet werden, ihre Möglichkeiten zur Primärprävention voll auszuschöpfen. Die für Prävention zur Verfügung stehenden Mittel sollen zu je 40 Prozent an die Länder beziehungsweise an die Krankenkassen gehen. Für bundesweite Aktivitäten sind nur 20 Prozent vorgesehen.

Quelle: **Ärzte Zeitung, 21.6.2004**

Lebensversicherungen für Raucher sollen teurer werden

Wiesbaden ▪ Raucher sollen künftig höhere Tarife beim Abschluss einer Lebensversicherung zahlen – zumindest wenn es nach den Autoren der „Leben-Tarifierungsstudie 2002“ der Schweizer Rückversicherung geht. Die Studie untersuchte Sterbefälle zwischen 1956 und 1996 und glied sie mit 200 000 Versicherungspolice ab. Das höhere Sterberisiko von Rauchern werde durch die Versicherungen nicht angemessen berücksichtigt, so das Fazit.

Quelle: **Ärzte Zeitung, 29.6.2004**, <http://www.aerztezeitung.de/docs/2004/06/29/119a1502.asp>

Jugendliche schneller als angenommen Nikotin-abhängig

Berlin ▪ Bereits nach vier Wochen zeigt ein Viertel der zwölf- und 13-jährigen Raucher erste Abhängigkeitserscheinungen. Damit würden Jugendliche viel schneller von Nikotin abhängig als bisher angenommen. Das hat die Deutsche Krebshilfe bekanntgegeben.

Quelle: **KSA-Newsletter Kinder- und Jugendschutz, 21.6.2004**,
<http://www.ksa-archive.de/ksa/redaktion/seiten/volltext.jsp?sid=215>

Jugendliche auf Anti-Alkohol-Ferientour

Lingen ▪ Jugendliche Urlauberinnen und Urlauber haben in diesem Sommer möglicherweise die Chance, sich mit Gleichaltrigen über ihren Alkoholkonsum zu unterhalten. Seit dem 21. Juli, und noch bis zum 13. August, läuft die Aktion „Bist du stärker als Alkohol?“ der Bundeszentrale für gesundheitliche Aufklärung (BZgA). 20 eigens geschulte 19- bis 25-Jährige werden an der Nord- und der Ostsee sowie in Jugendherbergen und auf Musikfestivals versuchen, mit Jugendlichen in Kontakt zu kommen. Die BZgA hofft mit dieser Maßnahme Jugendliche vielleicht dazu bringen zu können, hin und wieder auch einmal auf Alkohol zu verzichten. Die Aktion „Bist du stärker als Alkohol“ wurde bereits am 16. Juni auf der Fachtagung „Der Kick aus der Flasche“ der Koordinationsstelle Sucht in Hamm vorgestellt.

Quellen: **Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend, 21.7.2004**
<http://www.gesundheitpro.de>, 23.7.2004

„Falscher Einwurf“ will Neun- bis 13-Jährige erreichen

Düsseldorf ▪ Landessportbund NRW und das Landessportministerium haben die Kampagne „Falscher Einwurf. Gegen Doping und Medikamentenmissbrauch“ gestartet. Die Aktion will neun- bis 13-jährige Kinder in Schulen und Vereinen ansprechen.

Die Kampagne findet sich im Internet unter folgender Adresse:
<http://www.falscher-einwurf.net>

Quelle: <http://www.echo-online.de>, 26.6.2004

Neue Anlaufstelle für junge Aussiedler in Köln

Köln ▪ Eine eigene Anlaufstelle für jugendliche Aussiedler hat der Verein ZMO-Phönix-Jugend in Köln-Chorweiler eröffnet. Angeboten werden Sozialberatungen, sozialpsychologische Integrationstrainings, Sprach- und Computerkurse, sportliche und kulturelle Aktivitäten. Ziel ist es, die jungen Zuwanderer vor Alkohol- und Drogenmissbrauch, Diebstahl und Schlägereien zu schützen.

Kontakt zum Verein ZMO-Phönix-Jugend über
Tel.: 0221 7090651. Beratungen finden dienstags von zehn bis zwölf Uhr und donnerstags von 14 bis 16 Uhr statt.

Quelle: taz Köln, 22.6.2004, <http://www.taz.de/pt/2004/06/22/a0017.nf/textdruck>

Drei Prozent der Weltbevölkerung nehmen illegale Drogen

Genf ▪ Der Konsum illegaler Drogen ist in der ganzen Welt seit dem vergangenen Jahrzehnt weiter angestiegen. 185 Millionen Menschen auf der Erde nahmen voriges Jahr illegale Drogen. Das sind drei Prozent der Weltbevölkerung. In den 1990er Jahren lag die Zahl der Nutzer illegaler Drogen noch bei 180 Millionen. 200 000 Menschen starben an den Folgen des Drogenkonsums. Laut einer Studie des UNO-Büros gegen Drogen und Verbrechen (UNODC) zählten 150 Millionen Menschen zu den Cannabis-Konsumenten, 38 Millionen nahmen Amphetamine, 15 Millionen Opiate wie etwa Heroin, 13 Millionen Kokain und acht Millionen Ecstasy. Mit 1,3 Milliarden sei die Zahl der Raucher allerdings weit höher als die der Nutzer illegaler Drogen.

Quelle: Tagesanzeiger, 25.6.2004,
<http://www.tagesanzeiger.ch/dyn/news/print/ausland/389910.html>

Dealer lieben den Eurocity von Hamburg nach Kopenhagen

Hamburg ▪ Der Eurocity von Hamburg nach Kopenhagen gilt bei Zollfahndern als „Drogenexpress“. Ende Juli stellten sie dort 3,2 Kilogramm Amphetamine sicher, Anfang Juni wurden bei einem Litauer 500 Gramm Heroin gefunden. Weitere Funde der vergangenen Monate: 20 000 Ecstasy-Pillen, zwei Kilogramm Heroin und zwei Kilogramm Kokain bei einem 75-jährigen Niederländer, 26 Kilogramm Haschisch bei einem weiteren Niederländer. Der Grund: In Skandinavien sind die Rauschgift-Preise besonders hoch. Die Fahrt im „Drogenexpress“ verspricht Dealern also einen guten Gewinn.

Quelle: Die Welt, 27.7.2004

„Drugwipe“ in Essen 38 Mal erfolgreich eingesetzt

Essen ▪ 38 Autofahrerinnen und Autofahrer erwischt die Essener Polizei seit Anfang des Jahres bis zum Juli, die unter Einfluss von Drogen Auto fuhren. Das gab Heinz Wodara, Leiter des Essener Verkehrsdezernates, bekannt. 134 Mal hatte die Polizei den neuen Schnelltest „Drugwipe“ eingesetzt, in 80 Fällen wurden Blutproben veranlasst. Die Getesteten waren jeweils zwischen 18 und 30 Jahre alt.

Quelle: Westdeutsche Allgemeine Zeitung, 26.7.2004,
http://archiv.waz.de/main_mappe2.asp?file=7&docid=01184127&verid=001

Maßregelvollzug muss spezifische Angebote für Frauen bieten

Hadamar ▪ Bessere und speziell auf Frauen zugeschnittene Behandlungsmöglichkeiten im Maßregelvollzug haben die Teilnehmerinnen der ersten Frauen-Fachtagung „Frauen – Sucht – Delinquenz“ gefordert. Die Tagung fand in der forensischen Klinik Hadamar statt, die als eine der ersten Einrichtungen dieser Art eine reine Frauenstation unterhält. Zu sehr orientierten sich klassische Behandlungsangebote an suchterkrankten Männern, war eine der Schlussfolgerungen. Frauen seien suchtfährdeter, stießen im Erkrankungsfall in der Gesellschaft aber auf weniger Verständnis als Männer. Für Frauen müssten spezifische Ansätze gewählt werden. So haben 90 Prozent der sich im Maßregelvollzug befindlichen Frauen Gewalterfahrungen machen müssen. Ein Therapie-Ansatz sei die Beziehung der Frauen zu ihren Kindern.

Quelle: Nassauer Tageblatt, 25.7.2004,
http://www.mittelhessen.de/artikeldruck.php?content_id=180764&dir=152

Hessens Suchtpräventions-Fachstellen in Finanznot

Wiesbaden ▪ Hessens Fachstellen für Suchtprävention sind von pauschalen Kürzungen im Landeshaushalt betroffen. Den 29 Beratungsstellen fehlen nach einem Einsparungsbeschluss der Landesregierung jeweils 4 000 Euro im Etat. Dies entspricht 15 Prozent der bisherigen Zuwendungen. Die Einrichtungen versuchen nun, weitere Zuschüsse von Städten oder Krankenkassen zu erhalten, um Einschränkungen des Angebotes oder Stellenstreichungen zu vermeiden.

Quelle: <http://www.faz.net>, 26.7.2004

THC-Gehalt in Cannabis viel höher als früher

Hannover ▪ Haschisch und Marihuana werden immer gefährlicher, warnt das Niedersächsische Landeskriminalamt. Dies liege am gestiegenen Anteil des Wirkstoffes Tetrahydrocannabinol (THC). Vor wenigen Jahren lag er noch bei bis zu fünf Prozent, inzwischen sind Werte von 20 Prozent und mehr keine Seltenheit mehr. Das liege an den immer professionelleren Züchtungs- und Anbaubedingungen. Die Gefahr von Gedächtnis-, Motivations- und Aufmerksamkeitsstörungen bei jugendlichen wachse also, wie auch Miriam Schneider vom Institut für Hirnforschung an der Universität Bremen sagt. Cannabis ist die in Europa am häufigsten konsumierte illegale Droge, hat eine Studie der Europäischen Beobachtungsstelle für Drogen und Drogensucht ergeben. Jeder fünfte Deutsche soll damit bereits Erfahrungen haben.

Quellen: **Die Welt**, 26.7.2004, <http://www.welt.de/data/2004/07/26/310279.html?prx=1>
Nordwest-Zeitung, 19.7.2004
<http://www.apotheke.com/portal/de/homepage/article/display.jsp?id=documents/0000/00/00/22/8905.xml>, 23.7.2004

Caritas Osnabrück setzt neue Methoden ein

Osnabrück ▪ Suchtberater der Caritas Osnabrück setzen neue Methoden ein, um gerade Jugendliche und junge Erwachsene für die Risiken von Cannabis zu sensibilisieren. Dazu gehören Selbstkontrollgruppen, in denen die Teilnehmenden Erkenntnisse darüber gewinnen, ob sie zu viel Haschisch rauchen, trinken oder spielen. Die Selbstkontrollgruppen werden bereits seit längerem erfolgreich in den Niederlanden angewandt. Dabei handelt es sich um eine Transferprojekt der Fachstelle BINAD der Koordinationsstelle Sucht.

Informationen zur kostenlosen Teilnahme an den Selbstkontrollgruppen bei Yvonne Meiners, Tel.: 0541 341-52. Hintergrundinformationen und Unterrichtsmaterialien gibt es unter folgender Internet-Adresse:
<http://www.partydrugs.net/info.html>

Die Caritas Osnabrück bietet anonyme Beratung per E-Mail an:
jugendundsuchtberatung@caritas-os.de

Quelle: **Neue Osnabrücker Zeitung**, 22.7.2004,
http://www.neue-oz.de/_archiv/noz_print/stadt_osnabrueck/2004/07/9006310.html

Online-Roulette in Wiesbadens Spielcasino

Wiesbaden ▪ Das Wiesbadener Spielcasino hat seit dem 16. Juli als erste deutsche Glücksspieleinrichtung die Möglichkeit geschaffen, per Internet am Roulette-Spiel teilzunehmen. Eine Kamera überträgt das Geschehen am Tisch ins Internet. Mit virtuellen Jetons kann mitgespielt werden. Die Interessengemeinschaft der Deutschen Spielbanken plant ein bundesweites Konzept für Internet-Casinos. Damit soll der bestehenden Konkurrenz überseeischer Online-Spielbanken begegnet werden. Bundesländer wie Bayern und Baden-Württemberg und auch Wissenschaftler kritisieren die Pläne und befürchten eine steigende Zahl von Spielsüchtigen. Außerdem verweisen sie auf Probleme des Jugendschutzes, weil kaum verhindert werden könne, dass sich Kinder mit den Kreditkarten-Daten ihrer Eltern an den Spielen beteiligten.

Quelle: **Süddeutsche Zeitung**, 16.7.2004,
<http://www.sueddeutsche.de/panorama/artikel/404/35369/print.html>

Hamburg: „Palette“ in ihrer Existenz bedroht

Hamburg ▪ Die seit 1987 bestehende Hamburger Drogenhilfeeinrichtung „Palette“ ist in ihrer Existenz bedroht. Zum Herbst schließt eine von drei Beratungsstellen. Der Hamburger Senat hat die Zuwendungen massiv reduziert. Bereits im Februar war es zu einer Kürzung des bisher 1,9 Millionen Euro betragenden Etats des Vereins um 160 000 Euro gekommen. Fünf Beschäftigte wurde darauf hin entlassen. Nun müssen weitere 16 der verbliebenen 32 Beschäftigten auf Geheiß der Gesundheitsbehörde entlassen werden. Dabei entstehen Abfindungskosten von 153 000 Euro. Die übrigen Mitarbeiter sollen nach den Vorstellungen der Behörde in eine niedrigere Gehaltsgruppe heruntergestuft werden.

In der im Herbst zu schließenden Beratungsstelle Schillerstraße werden bislang zirka 140 Klientinnen und Klienten betreut. Neben einer Begleittherapie für die Methadon-Substitution wird dort Schulden- und Sozialberatung, eine offene Drogenberatung und an zwei Tagen in der Woche Kinderbetreuung angeboten. Die Grundausrichtung des Vereins besteht in suchtakzeptierender Arbeit.

Quellen: taz Hamburg, 24.7.2004, <http://www.taz.de/pt/2004/07/24/a0314.nf/textdruck>
taz hamburg, 24.7.2004, <http://www.taz.de/pt/2004/07/24/a0309.nf/textdruck>

Programm für „Trunkenbolde“-Kongress steht

Oldenburg ▪ Das Programm für den Kongress „Von ‚Trunkenbolden‘ und anderen Männern im Rausch“ ist inzwischen veröffentlicht worden. Die Veranstaltung zu Sucht und Männlichkeiten in Theorie und Praxis findet statt am Montag, 20., und Dienstag, 21. September 2004, an der Carl-von-Ossietzky-Universität in Oldenburg. Veranstalter sind das Zentrum für interdisziplinäre Frauen- und Geschlechterforschung der Universität Oldenburg und das Bremer Institut für Sucht und Drogenforschung der Universität Bremen. Die Teilnahmegebühr beträgt 80, ermäßigt 40 Euro.

☛ **Das Programm der Konferenz gibt es auf der Internet-Seite des Zentrums für interdisziplinäre Frauen- und Geschlechterforschung:**
<http://www.uni-oldenburg.de/zfg/konferenz/index.html>

☛ **Weitere Informationen und Anmeldungen unter Fax:**
0441 798-5869 oder über die E-Mail-Adresse:
zfg@uni-oldenburg.de

Tagung zur Behandlung HIV-infizierter Migranten

Duisburg ▪ Beschäftigte in Einrichtungen, die sich mit afrikanischen Migranten mit HIV/AIDS befassen, sind zur Fachtagung „Welten begegnen sich“ am Mittwoch, 13. Oktober, von neun bis 16.30 Uhr im Institut für Aus- und Fortbildung der Stadt Duisburg eingeladen. Es geht um interkulturelle Aspekte der HIV-Versorgung von afrikanischen Migranten in Deutschland.

☛ **Weitere Informationen bei Anika Walther von der AIDS-Hilfe Duisburg/Kreis Wesel, Friedenstraße 100, 47053 Duisburg, Tel.: 0203 666633, Fax: 0203 69984.**

Erste Konferenz zur Gesundheitsförderung in Haft

Bonn ▪ Am 28. und 29. Oktober findet im Gustav-Stresemann-Institut, Langer Grabenweg 68, in Bonn die erste Europäische Konferenz zur Gesundheitsförderung in Haft statt. Veranstalter sind das Wissenschaftliche Institut der Ärzte Deutschlands (WIAD), die Deutsche AIDS-Hilfe, das Bremer Institut für Drogenforschung, der Bundesverband für akzeptierende Drogenarbeit und humane Drogenpolitik „akzept“ und das European Network on HIV and Hepatitis Prevention in Prison. An den Veranstaltungstagen wird es im Plenum und in Arbeitsgruppen unter anderem um eine Einführung in die Gesundheitsversorgung im Strafvollzug, Gesundheit von Migranten in Haft, das AIDS-Problem in Haftanstalten, Hepatitis-B-Impfprogramme und die Gesundheit von Frauen im Justizvollzug gehen.

☛ **Weitere Informationen bei Dr. Caren Weilandt vom WIAD, Godesberger Allee 54, 53175 Bonn, Tel.: 0228 8104-172 gesundinhaft@wiad.de**

Workshop zur Gesundheitsberichterstattung in Berlin

Berlin ▪ Das Forum Arbeit, der Fachbereich Sozial- und Gesundheitswesen der Fachhochschule Magdeburg-Stendal und das Weiterbildungszentrum der Freien Universität Berlin laden zum Workshop „Gesundheitsberichterstattung im gesellschaftlichen Wandel. Zur politischen Relevanz der Gesundheitsberichterstattung“ nach Berlin ein. Termin ist der 19. November 2004.

◀ **Programme und Anmeldungen beim Weiterbildungszentrum der Freien Universität Berlin, Otto-von-Simson-Straße 13/15, 14195 Berlin, Tel.: 030 8385-1414, Fax: 030 8385-1397**
robusch@zedat.fu-berlin.de

Fernstudium „European Master in Health Promotion“

Magdeburg ▪ Einen berufsbegleitenden Fernstudiengang, der zum „European Master in Health Promotion“ führt, bietet die Fachhochschule Magdeburg-Stendal an. Inhaltlich geht es um nachhaltige Gesundheitsförderung, wie sie unter anderem auch das in Deutschland geplante Präventionsgesetz vorsieht. Start ist am 20. September 2004. Bewerbungsschluss ist der 15. September 2004. Zulassungsvoraussetzungen sind ein abgeschlossenes gesundheitswissenschaftliches Hochschulstudium oder ein anderes Studium mit einschlägiger Praxiserfahrung. Gute Englisch-Kenntnisse werden vorausgesetzt. Der zeitliche Aufwand wird mit zehn bis 15 Stunden Selbststudium in der Woche, alle fünf Wochen freitags und samstags stattfindenden Präsenzphasen, einer einwöchigen Fachexkursion nach Brüssel sowie mindestens einem Studienaufenthalt im Ausland angegeben.

◀ **Weitere Informationen im Internet unter**
<http://www.sgw.hs-magdeburg.de/eumahp>
◀ **Möglich ist auch die Kontaktaufnahme unter**
Tel.: 0391 886-4713
eumahp@sgw.hs-magdeburg.de

Broschüre gibt Handlungsempfehlungen für Fachkräfte

Düsseldorf ▪ Das nordrhein-westfälische Ministerium für Gesundheit, Soziales, Frauen und Familie hat eine neue Broschüre vorgelegt. Die Schrift „Soforthilfe für Drogenabhängige – Handlungsempfehlungen für Fachkräfte“ ist in das Internet-Angebot des Ministeriums eingestellt worden.

◀ **Die Broschüre im PDF-Format ist auf der Internet-Seite des Ministeriums unter den Menüpunkten „Service – Publikationen“ zu finden:**
<http://www.mgsff.nrw.de>

Hamburg bietet „Master of Public Health“ an

Hamburg ▪ Die Hamburger Hochschule für Angewandte Wissenschaften bietet zum zweiten Mal ein gesundheitswissenschaftliches Studium an, das zum „Master of Public Health“ führt. Es richtet sich an Akademiker mit mindestens einjähriger Berufserfahrung. Bewerbungen waren bis zum 15. Juli zu stellen. Eine Zulassung ist aber noch bis unmittelbar vor Studienbeginn im Oktober möglich, sofern noch Plätze frei sein sollten. Das Studium wird überwiegend in englischer Sprache durchgeführt und basiert zu etwa einem Drittel auf Internet-basierten Lehreinheiten, die von zu Hause aus erledigt werden können. Die beiden inhaltlichen Schwerpunkte sind Gesundheitsförderung und -ökonomie sowie Epidemiologie. Die Studiengebühren betragen 1 000 Euro pro Semester.

▼ **Allgemeine Informationen zum Studiengang im Internet unter**
<http://www.public-health-hamburg.de>

▼ **Informationen zum Bereich Epidemiologie und Gesundheitsberichterstattung bei Prof. Dr. Ralf Reintjes,**
Tel.: 040 42875-6106
ralf.reintjes@rzbd.haw-hamburg.de

▼ **Informationen zum Bereich Public Health, Prävention und Gesundheitsförderung bei Prof. Dr. Annette C. Seibt,**
Tel.: 040 85157280
Annette.Seibt@rzbd.haw-hamburg.de

proJugend mit Nikotin-Ausgabe

München ▪ Die aktuelle Ausgabe von „proJugend“ widmet sich dem Thema „Nikotin? Ansätze zur Tabakprävention bei Jugendlichen“. Daten und Fakten zum Nikotinkonsum Jugendlicher werden genannt und besonders auf die Situation jugendlicher Raucherinnen eingegangen, bevor neue Forschungsergebnisse und Präventionsprogramme zum Thema vorgestellt werden.

proJugend, Nr. 2, 2004

▼ **Die Zeitschrift kostet 2,80 Euro und kann unter der Bestellnummer 14111 angefordert werden bei: Aktion Jugendschutz, Landesarbeitsstelle Bayern e.V., Fasaneriestraße 17, 80636 München, Tel.: 089 121573-11, Fax: 089 121573-99,**
info@aj-bayern.de
<http://www.bayern.jugendschutz.de>

BZgA bietet zwei umfangreiche Infodienste an

Bonn ▪ Zwei umfangreiche Informationsdienste bietet die Bundeszentrale für gesundheitliche Aufklärung im Internet an: den BZgA-Infodienst Migration und öffentliche Gesundheit und den Infodienst Gesundheitserziehung, Gesundheitsförderung. Beide Angebote informieren über aktuelle Projekte, Termine und Veröffentlichungen.

▼ **Die BZgA-Infodienste sind im Internet unter folgender Adresse zu finden:**
<http://www.infodienst.bzga.de/>

IFT-Nachrichten berichten über Fortschritt von Studien

München ▪ Die aktuelle Ausgabe „Nachrichten aus dem IFT“ des Münchener Instituts für Therapieforschung berichtet über den Fortgang der von Roland Simon geleiteten Studie „Cannabisbezogene Störungen: Umfang, Behandlungsbedarf und Behandlungsangebot in Deutschland“. Grundsätzlich besagen erste Ergebnisse, dass festgestellte Cannabis-bezogene Zugangssteigerungen in ambulanten Behandlungseinrichtungen nicht auf Diagnosefehlern beruhten, sondern einen tatsächlich erhöhten Behandlungsbedarf Cannabis-bezogener Störungen wiedergeben.

Nachrichten aus dem IFT, Nr. 45, Jg. 17 (1)

☛ Das Institut für Therapieforschung München findet sich im Internet unter folgender Adresse:
<http://www.ift.de>

Tagungsdokumentation „Jugend und Alkohol“

Berlin ▪ Die Dokumentation der deutsch-österreichischen Fachtagung „Jugend und Alkohol“ kann bei der Bundesarbeitsgemeinschaft Kinder- und Jugendschutz angefordert werden. Im März hatten deutsche und österreichische Fachleute einen Policy-Mix aus gesetzlichen Regelungen, erzieherischen Maßnahmen der Verhaltensprävention und strukturellen Maßnahmen der Verhältnisprävention zur Diskussion gestellt.

☛ Die Tagungsdokumentation kann gegen eine Kostenpauschale von drei Euro angefordert werden bei der Bundesarbeitsgemeinschaft Kinder- und Jugendschutz,
Mühlendamm 3, 10178 Berlin
material@bag-jugendschutz.de

Quelle: KAS-Newsletter Kinder- und Jugendschutz, 21.6.2004,
<http://www.ksa-archive.de/ksa/redaktion/seiten/volltext.jsp?sid=215>

Impressum

Der KS-Newsletter wird herausgegeben von:

Landschaftsverband Westfalen-Lippe
Landesjugendamt und Westfälische Schulen
Koordinationsstelle Sucht
Leitung: Wolfgang Rometsch
Warendorfer Str. 25-27
48133 Münster
Tel. 0251/591-3267
Fax: 0251 591-5499
E-Mail: kswl@lwl.org
Redaktion: Rüdiger Klebeck (verantwortlich)
Anschrift wie oben
Redaktionelle Mitarbeit: Ulrich Klose

Haftungshinweis: Trotz sorgfältiger inhaltlicher Kontrolle übernehmen wir keine Haftung für die Inhalte externer Links. Für den Inhalt der verlinkten Seiten sind ausschließlich deren Betreiber verantwortlich.